

Hohenstein-Ernstthal-er Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von J. Rühr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.



Anzeiger

Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gersdorf, Bernsdorf, Pilsdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenbursdorf, Lössen, Brunsdorf, Kirchheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wilsdorf, Grlina, Mittelsdorf, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.

Nr. 89

Montag, 18. April 1921

71. Jahr

Die Verhaftung des Hölz.

Wenn am Sonntag hier und da Zweifel geäußert wurden, ob die Berliner Polizei wirklich des Hölz habhaft geworden sei oder ob sie nicht etwa einen falschen erwischt habe, so sind diese Zweifel durch das eigene Geständnis des Hölz beseitigt worden. Er hat bei seiner Festnahme gar nicht geleugnet, der gesuchte Verbrecher zu sein, sondern hat sich, ohne Widerstand zu leisten, ausliefern lassen. Bei seiner ersten Vernehmung war er sichtlich verblüfft, daß er es der Polizei verhältnismäßig leicht gemacht hat, ihn festzunehmen. Später wurde er frech und lehnte jede Aussage ab, bis er sich schließlich zu einigen Angaben bequimte. Vor dem Untersuchungsrichter wird er wohl mit der Sprache herausgehen.

Seit als der Name Max Hölz zum ersten Mal die Tagesblätter beschäftigte, als es hier, im Vogtlande, habe ein energischer Kerl es auf genommen, Ordnung in die verfallene Lebensmittelverteilung zu bringen und mit dem Hunger auszuräumen, als man erfuhr, daß er unter dem Schutze von einer Art Arbeiterpartei und Sozialisten unter den Augen der Polizei große Volksversammlungen abhielt in denen er das Proletariat zu Selbsthilfe aufrief, war klar, daß es sich um einen Menschen handelte, der im Besitz einer hohen Willenskraft einen außerordentlichen Einfluß auf seine Umgebung auszuüben verstand. Es folgte damit die Verhaftung der Hölz'schen Scharen im Vogtlande, als er mit seinen Gefolgsleuten, die auf Automobilen die Landstraßen durchzogen, die Städte Rastbach, Plauen und Delitz brandstiftete und am hellen Tage von seinen Anhängern gewaltige Summen erprete und auch persönlich abholte. Damals hat die Staatsgewalt kluglich gegenüber diesem Bandenführer verlag, dessen Hauptmacht in der Angst auf der Gegenseite bestand. Es sind etwas peinliche Erinnerungen, wenn man heute daran denkt, daß die Politik der wackeligen Dose, die man in Dresden betrieb, es möglich machte, daß man eine Truppenmacht in der Stärke eines Armeekorps nicht in Plauen ein und weiter vorzücken lassen zu sollen glaubte weil man sie, obwohl schon die Bayern in Sachsen, nicht für stark genug hielt, um die Hölz'sche Bande anzugreifen. So dauerte die Schreckensherrschaft in Rastbach noch tagelang weiter, die Willen der Hölz'schen Scharen kamen auf, und schließlich konnte Hölz, als endlich die Reichswehr vorrückte, in aller Gemächlichkeit über die Grenze nach Böhmen entweichen. Vollständig haben die Tschechen Hölz, dann als „politischen Verbrecher“ wieder freigelassen so daß er von neuem seine unheilvolle Tätigkeit auf deutschem Boden aufnehmen konnte.

Er sollte dann bald hier bald da, bald in dieser, bald in jener Verleumdung gesehen werden, bis der kommunistische Aufruhr um Ostern in Mitteldeutschland den Beweis brachte, daß Hölz seine Erfahrungen, die er im Vogtlande gesammelt, auf einen breiteren Schauplatz im Sinne einer Schreckensherrschaft im Falle der Notwendigkeit zu erproben versuchte. Auch hier leitete vor Jahresfrist bei Plauen, ein mangelndes Zögern und die schwächliche Haltung der Regierung das Unheil sich erst zu solchen Dimensionen auszuweiten das Hunderte von armen Opfern erst mit ihrem Leben zu büßen hatten. Die Ausplünderung ganzer Dörfer und Städte, die Sprengung von Rathäusern, Bahnhöfen und Schulen ließen erkennen, wie riefend die Gefahr war, und wie unbegreiflich die Haltung der preussischen Regierung, die es verstanden hatte gleich anfangs mit der Reichswehr fest zuzupacken und das Unheil im Entstehen niederzupressen, wie es die bairische Regierung mit so gutem Erfolge verstanden hat. Unter der heutigen Schreckensherrschaft der Hölz und Wenzel steht als Hölle die passive Mischbildung preussischer Landesregierung, die in parteipolitischen Verräthern nicht wagte, sofort die Waage zu heben, die für solche Fälle geschaffen ist.

Wie Hölz verhaftet wurde.

Der Berliner Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß sich Hölz schon seit mehreren Wochen in Berlin aufhielt. Er hatte in verschiedenen Restaurants gewohnt und häufig seine Unterwelt genossen. Vor zwei Tagen war er in einem Pensionat im Westen entdeckt worden. Doch gelang es ihm noch, kurz vor seiner Festnahme wieder zu entkommen. In der Nacht vom Freitag zum Sonntag beobachteten Beamte der Abteilung 1a

am Kienplatz in Charlottenburg, wie ein Mann, der eine entsetzliche Verächtlichkeit mit Hölz aufwies, ein dort befindliches Kaffeehaus aufsuchte. Hölz hatte sich seinen Bart annehmen lassen (trau kurzgeschneidenes Haar und eine Fernbrille). Er befand sich in Begleitung eines anderen Mannes. Als die beiden kurz nach 11 Uhr das Kaffeehaus verlassen wollten, trafen die Beamten auf die Männer zu und nahmen sie fest. Sie nahmen Hölz beiseite und fragten ihn, wer er sei. Er erwiderte, das wüßten sie ebenso gut wie er selbst, sie brauchten ja nur im Fahndungsblatt nachzusehen. Darauf sagten sie ihm auf den Kopf zu, daß er Max Hölz sei. Was er dann auch zuzab. Sein Vorgesetzter war ein Tischler Hölz, mit dem Hölz während seines Jugendhaftes in Berlin verkehrte. Die Verhafteten wurden mit einem Auto nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Die Vernehmung des Hölz.

Am Sonntagabend mittag kurz vor 12 Uhr wurde Hölz zur Vernehmung aus dem Polizeipräsidium nach der im zweiten Stock gelegenen Abteilung 1a transportiert. Dieser Transport geschah mit allen Vorichtsmaßnahmen. Hölz war stark gefesselt. Er wurde von vier Beamten eskortiert. Im Vernehmungszimmer hatte sich inzwischen der Polizeipräsident und sein Vertreter eingefunden, um der Vernehmung beizuwohnen. Vorher war Hölz auf einige Minuten in ein Wartezimmer geführt worden, wo er etwas aus und Zigaretten rauchte. Wie einmühtlich, war der Verbrecher nicht nur wegen der Schandtaten in Mitteldeutschland, sondern auch wegen der Anstiftung der Berliner Attentate gefürchtet worden. Gegenüber der Verhaftung der Verbrecher von der Landesgewalt hat man bereits mitgeteilt, daß Hölz von zwei der Verhafteten, die ihn persönlich kannten, als Urheber dieses Planes angepöbeln wurde, während die übrigen Verhafteten ihn nach der Phantasie erkannten. Auch der inzwischen verurteilte Arbeiter Schwarz, der mit mehreren Komplizen das wichtigste Material auf die Eisenbahnbrücke Charlottenburg verfracht hat, hat in der Vernehmungsabhandlung zugegeben, daß er und seine Komplizen von Hölz zu diesem Attentat angeheißelt und später von ihm als Sprengstoffkammer nach Mitteldeutschland geschickt worden waren. Festgestellt ist, daß Hölz seit 3 bis 4 Wochen wechselweise sich in Mitteldeutschland, wie in Berlin aufgehalten hat.

Nachdem Hölz in das Zimmer des Direktors der Abteilung 1a Regierungsrat Dr. Wei, geführt worden war, in dem sich der Polizeipräsident Richter und sein Stellvertreter, Regierungsrat Moll, eingefunden hatten, wurde er gefragt, ob er der Belagte sei. Er gab zu. Was Hölz zu sagen und fügen hinzu, daß er dort auf jede Weise die Auslieferung zu verweigern müsse. Da er bei dieser Verweigerung beharrte, wurde seine Vernehmung nach knapp drei Minuten abgebrochen und er in ein anderes Zimmer geführt, wo nach etwa einer halben Stunde eine erneute Vernehmung mit ihm angeordnet wurde. In dieser Vernehmung hat er zunächst bestritten, an dem Berliner Verbrechen beteiligt zu sein. Er gibt aber zu, eine Reihe anderer Straftaten auf dem Reichsbahn zu haben. Ueber seine Vergehen an der Freiheit und seine „Laufbahn“ zum Landverführer ist er an, daß er sich bei einer Eisenbahn-Gesellschaft Agent gewesen sei und auch den Krieg mitgemacht habe. Nach Beendigung des Krieges sei es ihm schlecht gegangen, und dadurch sei er kommunist geworden. Wegen der von ihm begangenen Verbrechen habe er selbst auch, wenn sie zu gravant gewesen seien, Gewissensbisse bekommen, doch habe er später immer wieder Gewalttaten verübt.

Die Kriminalpolizei ermittelte am Sonntagabend das Gepäck des Zeitgenossen, es bestand aus einem Koffer, welcher außer 5000 Mark Bargeld nur Bücher enthielt. Ein weiterer Koffer, welcher einem Gefolgshand des Hölz gehörte, enthielt ebenfalls nur Bücher und Kleidungsstücke.

Den Beamten zufolge wird Hölz sich nicht gemeinsam mit den Urhebern des Anschlages auf die Verantwortlichen haben, sondern es wird gegen ihn ein besonderes Verfahren eingeleitet werden, wenn das Material über seine Straftaten zusammengerafft sein wird. Hölz wurde Sonntagabend nach dem Moabit-Untersuchungsgefängnis gebracht.

Um weiteres Verhaftungsmaterial zu erhalten, wendet sich das Polizeipräsidium in einem Aufruf an die Bevölkerung nicht nur Großberlins sondern auch überall dort, wo Attentate, Raubüberfälle, Raub usw. im Zusammenhang mit kommunistischen Unruhen verübt wurden, in welchem um aufstrebende Mitteilungen jeder Art gebeten wird. Als Belohnung für solche Angaben sind 50 000 M. ausgesetzt worden.

Wie Frankreich das Ruhrgebiet ausbeuten will.

Wenn die deutschen Gegenparteiige wirklich darauf ausgeht sein sollen, daß Deutschland die Schulden der Alliierten gegenüber Amerika übernehmen würde, so haben diese in Frankreich keinerlei Aussicht auf Annahme. Es gibt nur einen Vorschlag, der in Frankreich Aussicht auf Annahme hat und der ist, daß Deutschland sich verpflichtet, innerhalb eines jeden Jahres eine bestimmte Anzahl von Milliarden zu hinterlegen. Die Ansicht ist nicht auszuhalten, daß diese Milliarden Deutschland zur Verfügung stehen. Man sieht deshalb auf dem Standpunkt, daß man diese Milliarden die man in den Klaffen den deutschen Großindustriellen vermutet, sich holen müsse. Zunächst wird man alle diese Gelder irgend ein Wunder reichlich im Ruhrgebiet vernehmen.

Genau die sind, den Zeitungen zufolge, bereits ausgearbeitet, die eine normale Kohlenproduktion und ein Weiterarbeiten der Fabriken sichern sollen. Von den 9 Millionen Tonnen, welche die Ruhr angeblich produziert die deutsche Staatskasse pro Monat nimmt bekanntlich nur 8 Millionen Tonnen, aber eine Million Tonnen Kohle spielt bei den von Milliarden reichen französischen (zu keine Rolle), werden zunächst zwei an die Grenze abgegeben, eine Million sollen für den Verbrauch der Deutschen und der Vergleite zur Verfügung gehalten werden. Weiterhin will man dafür sorgen, daß die Fabriken des Ruhrgebiets stehen erhalten und eine bestimmte Quantität auch in das übrige Deutschland geliefert wird. Allerdings müßte dieses die Kohle teuer bezahlen. Dem „Matin“ zufolge, würde eine Tonne von 50 Franken pro Tonne (diese Tonne ist sich auch erhöhen) eingehoben werden, was nur 50 Millionen monatlich für die Reparation erlösen sollte. Dazu kommt noch die Summe für die Kohlenverbräufe an die Neutralen. Die Löhne der Bergarbeiter und der Arbeiter der Bergbauindustrie werden von den Arbeitgebern bezahlt werden, denen man zu diesem Zweck Steuern auferlegen werde. Für die militärische Expedition rechnet man ein Bedürfnis von 80 000 Mann. Die Leitung übernehme ein französischer General, dem ein Divisionskommandeur beigegeben würde.

Das sind im großen die Umrisse der Pläne, wie man sie sich in Frankreich zurechtgelegt hat. Ohne die aufgestellten Faktoren im einzelnen nachzuprüfen, muß zur Erinnerung der französischen Regierung gesagt werden, daß man die Unterhaltungskosten für die 80 000 Mann Truppen jedenfalls nicht zu erniedrigen scheint. Ob 10 Millionen monatlich ausreichen, bleibt dahingestellt. Das Meer französischer Beamter und Ingenieure das man aufstellen wird, dürfte auch nicht gerade billig sein. Wenigstens ein Monat wird vergehen, der nichts einbringt, sondern nur Kosten verursacht wird. Ob die französische Verwaltung imstande sein wird, eine derartige Ausbeute der Bergwerke und Industrie vorzunehmen, wie man sich diese theoretisch zurecht gelegt hat, wird man ja sehen.

Wie Frankreich von einer Übernahme der Schuld durch Deutschland nichts wissen wollte, so lohnt es natürlich auch jeden Gedanken einer amerikanischen Vermittlung ab. Der Grund ist in beiden Fällen derselbe: Frankreichs Geldbedarf vergrößert seinen Schiedspruch und seinen Aufschub. Die französische Politik ist ausschließlich vom Gegenwartsinteresse beherrscht und deshalb glaubt man, daß man noch einigen Monaten der Ruhrverteilung sehen werde, ob Deutschland nicht nahegeben wird, zumal da gleichzeitig durch die wirtschaftliche Abwanderung der Rheinlande vom Reich ein Eingriff in die Reichseinheit vorgenommen werden.

Diese französischen Pläne, deren Ernst man nicht zu bezweifeln braucht, werden in den fran-

zösischen Blättern lang und breit dargestellt. Und das ist es, was zu Bedenken Anlaß gibt. Wenn man Krieg führen will — und eine Art Krieg ist es ja, den Frankreich wiederlegen will — so legt man seine Wüsten nicht vor aller Welt dar. Allerdings muß es die französische Presse der Bevölkerung mündgerecht machen, wie großartig die Klüften sind, wenn das neue große Opfer einer neuen Mobilisierung gebracht werde.

Die Ruhrbergarbeiter über die Essener Vereinbarungen.

Die großen Bergarbeiterorganisationen des Ruhrgebietes sind am Sonntag in getrennten Vertrauensmannerversammlungen zusammengetreten, um zu dem Vorschlag Stellung zu nehmen, der nach mehrtägigen Verhandlungen in der Arbeitgemeinschaft der Zechenverbände den Arbeitnehmersvereinigungen zur Neuregelung der Lohn- und Lebensbedingungen übertragen unterbreitet hat. Der Vorschlag sieht nach beträchtliche Lohnerhöhungen vor, die bei Säuren 8,80 Mark, bei Schichtarbeitern über 20 Jahre 8 Mark pro Schicht ausmachen. Die Lohnerhöhungen sind auf langfristige Abwärtsverpflichtung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten eingeschränkt. Für die Essener Vorschläge wird besonders ins Feld geführt, daß sie eine Lohnerhöhung ohne neue Erhöhung der Kohlenpreise ermöglichen, während der Streikspruch, der namentlich von den Mittelverändern und den Hirschbündlern bestritten wurde, während er von den Christlichen Bergarbeitern angenommen worden ist, nach den bestimmten Erklärungen der Bergarbeiter ohne eine neue Kohlenpreiserhöhung nicht durchgeführt werden könnte. Die zweiwöchige Aufnahme, die der Vorschlag des Zechenverbands schon in den Essener Verhandlungen gefunden hat, kommt auch zum Ausdruck in den Kundgebungen der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen.

Der alte Bergarbeiterverband Landtagte gemeinsam mit den Verbänden der Metallarbeiter, Maschinenbau, Feiler, Bauarbeiter, dem Bunde technischer Angestellten (Mittlerer Zechenverband), dem Bergbauarbeiterverband und dem Förderer- und Fördererverband unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dufemane Bochum in Essen. Die von 950 Vertretern aus dem ganzen Ruhrgebiet bestehende Konferenz lehnte den Streikspruch vom 11. März entschieden ab und beschloß, über die Essener Vereinbarung vom 12. bis 14. April eine Abstimmung vorzunehmen, die am nächsten Sonntag stattfinden wird. Ein von kommunistischer Seite unternommener Versuch, die Entscheidung auf das parteipolitische Gebiet zu ziehen, wurde von der Versammlung mit allen gegen etwa 10 Stimmen energisch abgewiesen und der Vertreter des Verbandes bei den Essener Verhandlungen großes Vertrauen ausgesprochen.

Der Gewerkschafts-Christlicher Bergarbeiter, der unter dem Vorsitz des Abgeordneten in Gelsenkirchen eine von 750 Bergbauernmännern besuchte Versammlung abgehalten hat, betonte in einer einstimmig angenommenen Entschließung, daß er an dem Streikspruch vom 11. März festhalte und für die Ablehnung des Streikspruches der Verantwortlichkeit den anderen Verbänden zuschreibe, und daß er, da das Ergebnis der Essener Verhandlungen nicht befriedigend, versuchen wolle, in neuen Verhandlungen bis zum 1. Mai eine günstige Vereinbarung zu erzielen.

Der Gewerkschafts-Christlicher Bergarbeiter, der unter dem Vorsitz des Abgeordneten in Gelsenkirchen eine von 750 Bergbauernmännern besuchte Versammlung abgehalten hat, betonte in einer einstimmig angenommenen Entschließung, daß er an dem Streikspruch vom 11. März festhalte und für die Ablehnung des Streikspruches der Verantwortlichkeit den anderen Verbänden zuschreibe, und daß er, da das Ergebnis der Essener Verhandlungen nicht befriedigend, versuchen wolle, in neuen Verhandlungen bis zum 1. Mai eine günstige Vereinbarung zu erzielen.

Rundgebungen für die deutsch-österreichische Volksabstimmung.

Der österreichisch-deutsche Volksbund veranstaltete am Sonntag im ganzen Reich große Kundgebungen der in Deutschland lebenden Österreicher und Deutschösterreicher für die bevorstehende Volksabstimmung in Tirol und die Vereinigung ihres Heimatlandes mit dem deutschen Reich. In Berlin fand diese Ver-

